



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Beschlussprotokoll der Studierendenratssitzung am 12.11.2013

Studierendenrat

Vorstand

Johannes Krause
Marcus D.D. Müller
Julia Walther

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

Anwesende

Gremiumsmitglieder:

Clemens Beck, Meike Boldt, Lars Peter Engels, Dorothea Forch, Hatto Frydryszek, Markus Hammerschmidt, Christian Hanke, Moritz Helmich, Markus Henseler, Johannes Krause, Tristan Kreuziger, Jenny Markert, Marcus D. D. Müller, Vincent Schmidt, Maxi Scheibner, Johanna Schuchmann, Michael Siegmann, Ilknur Üreyen, Sebastian Uschmann, Julia Walther, Karin Wirthgen

Entschuldigt:

Cornelius Golembiewski

ruhendes Mandat:

-

Unentschuldigt:

Philipp Borchers, Vanessa Krimmel, Johanna Lehmann, Johannes Letsch, Karl Spitz

beratende Mitglieder:

Janine Eppert, Pauline Fröbel, Mandy Gratz, Peter Held, Dirk Hertrampf, Janine Hofmann, Benjamin Koppe, Julia Langhammer, Daniel Netzeband, Mike Niederstraße, Malte Pannemann, Marleen Pfefferkorn, Anika Rehe, Johannes Struzek, Carola Wlodarski-S.

Gäste:

Fabian Geisbühl, Matthias Gothe, Kevin Schutz, Paula Georgi, Florian Rappen, Dana Zimmermann, Maximilian Lörzer, Franziska Tietze, Benjamin Schmidt, Hauke Rehr, Jan-Henrick Wiebe, Elena Maria Matera, Bernadette Mittermeier, Sarah Salzmann, Niclas Seydack

Sitzungsleitung:

Johannes Krause / Marcus Müller

Protokollantin:

Julia Walther / Antje Oswald

Sitzungsort:

Seminarraum 113

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 1 Berichte

Fabian Geisbühl berichtet vom CampusTV. Er entschuldigt sich dafür, dass das Campus TV in letzter Zeit nur selten bei den Sitzungen des StuRa anwesend war, in Zukunft soll diese Zusammenarbeit wieder aufgebaut werden.

Julia berichtet von der Sitzung des Hopo-Referats und den Fortschritten bei der Demo-Organisation. Sie bittet darum, dass sich noch Menschen finden, die die Sensenfrau in den Vorlesungen unterstützt.

Johannes Krause berichtet vom Treffen der AG Haushalt und meint, dass dazu unter TOP 7 ausführlicher berichtet wird

Christian Hanke berichtet vom Tag des Studiums, der letzten Mittwoch stattgefunden hat, Das Thema war Lehrerbildung befasste. Die Veranstaltung war dialogorientiert, Kritikpunkte wurden angenommen. In der Lehrevaluation sollen nun lehramtsbezogene Items aufgenommen werden. Er hatte den Eindruck, dass es eine hohe Kompromissbereitschaft gab.

Peter Held berichtet von der Betriebsprüfung durch die Rentenversicherung. Es gab kleinere Mängel wie das Fehlen von Studienbescheinigungen für Menschen, die 2009 beschäftigt waren, sonst gab es keine Probleme.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Es sind 18 von 27 gewählten StuRa-Mitgliedern anwesend, damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

vorläufige Tagesordnung:

TOP 1 Berichte
TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
TOP 3 Diskussion und Beschluss: M-093-2013 Speicheraufrüstung Server (Technikbetreuung)
TOP 4 Diskussion und Beschluss: FA Chorlager Psycho-Chor (Maximilian Lörzer)
TOP 5 Diskussion und Beschluss: Einrichtung AK Sitzungskultur (Meike Boldt)
TOP 6 Diskussion und Beschluss: Anpassung Werbepreise für das Akrützel (Akrützel)
TOP 7 2. Lesung und Beschluss: Haushalt 2014 (HHV)
TOP 8 1. Lesung: GO-Änderung Sitzungszeit (Dorothea Forch, Meike Boldt)
TOP 9 Sonstiges

Änderungsanträge

Christian Hanke hat einen dringlichen TOP „Stellungnahme LBA“ beantragt, bei dem es um die Verabschiedung einer Stellungnahme bzgl. Fächerkombinationen im Lehramt gehen soll. Die Notwendigkeit der Stellungnahme ergab sich nach der Antragsfrist, außerdem hätte der Text bereits am Sonntag verschickt werden müssen.

Karin Wirthgen: Sie fragt nach dem Inhalt der Stellungnahme.

Christian Hanke: Er erklärt, dass das TMBWK vorgeschlagen hat, die Kombinationsmöglichkeiten bei der Fächerwahl einzuschränken. Es müssten dann bestimmte Fächer gewählt werden, das findet das Referat aus verschiedenen Gründen nicht gut.

Dorothea Forch: Sie fragt, warum der StuRa den Text verabschieden soll, da das Referat eigenständig entscheiden kann.

Christian Hanke: Die Stellungnahme soll von den gewählten StuRa-Mitgliedern verabschiedet werden, damit sie eine breitere Legitimation erreicht.

Dorothea Forch: Sie meint, dass das Referat vom StuRa gewählt ist und sie findet es schwierig, dass alle Stellungnahmen vom StuRa verabschiedet werden sollen, da sie inhaltlich sehr speziell sind. Das Referat kann dies ihrer Meinung nach selbst. Sie sieht nicht, dass dies heute unbedingt abgestimmt werden soll.

Abstimmung über die Dringlichkeit: 15 / 1 / 2 – angenommen.

Christian Hanke möchte diesen TOP als neuen TOP 3 behandeln.

Mike Niederstraßer hat einen dringlichen TOP zur Solidarisierung mit dem Projekt am Inselplatz 9a beantragt.

Johannes Struzek: Er erklärt, dass es auf der Stadtratssitzung Schwierigkeiten gab, Aufgrund der teilweise falschen medialen Berichterstattung ist Behandlung und Solidarisierung dringend nötig. Da die Berichterstattung erst nach der Antragsfrist begann, ist die Dringlichkeit gegeben.

Julia Walther: Sie fragt, ob die Dringlichkeit nicht auch durch die Stadtratssitzung gegeben ist.

Hatto Frydryszek: Bejaht.

Abstimmung über die Dringlichkeit: 14 / 0 / 4 – angenommen.

Hatto Frydryszek möchte diesen TOP als TOP 8 behandeln, da dann der Antragsteller voraus. anwesend sein kann.

Meike Boldt: Sie möchte TOP 5 als TOP 4 behandeln.

beschlossene Tagesordnung:

TOP 1 Berichte
TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
TOP 3 Dringlicher TOP: Stellungnahme LBA (Christian Hanke)
TOP 4 Diskussion und Beschluss: Einrichtung AK Sitzungskultur (Meike Boldt)
TOP 5 Diskussion und Beschluss: M-093-2013 Speicheraufrüstung Server (Technikbetreuung)
TOP 6 Diskussion und Beschluss: FA Chorlager Psycho-Chor (Maximilian Lörzer)
TOP 7 Diskussion und Beschluss: Anpassung Werbepreise für das Akrützel (Akrützel)
TOP 8 2. Lesung und Beschluss: Haushalt 2014 (HHV)
TOP 9 Diskussion und Beschluss: Positionierung Inselplatzcampus/Erhalt Projekt Inselplatz 9a (Mike Niederstraßer)
TOP 10 Sonstiges

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung: 17 / 0 / 1 – angenommen.

TOP 3 Stellungnahme LBA (Christian Hanke)

Antragstext: Der Studierendenrat der FSU verabschiedet die Stellungnahme des Referates für Lehramter zum Thema Fächerkombinationsvorschriften, welche dem LBA als Zuarbeit und dem TMBWK zukommen soll.

Antragsteller: Christian Hanke

Stellungnahme: Der Vorschlag des TMBWK zu Kombinationsvorschriften der Fächerwahl im Lehramt weist aus den Augen der Studierenden mehrere gravierende Mängel auf. Das Problem, dass nicht alle Fächer an der Schule gleich gefragt sind, und dass die Ausbildungszahlen von den Einstellungszahlen abweichen ist uns durchaus bewusst; deswegen wollen wir konstruktiv zur Lösung dieses Problem beitragen. Zuerst müssen wir aber darstellen, warum Kombinationsvorschriften wie in diesem Entwurf oder allgemeiner betrachtet, aus unserer Sicht nicht vertretbar sind.

1) Probleme dieses TMBWK-Entwurfs im Speziellen Diese Kombinationsvorschriften verhindern Bedarfsfächer: Der Entwurf des TMBWK sieht vor, dass für Lehramt Gymnasium die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Russisch, Spanisch, Französisch und Sport zu Fächern werden, von denen jede*r Studierende wenigstens eines gewählt haben muss. Nur die MINT-Fächer und die alten Sprachen sind in Fächergruppe zwei angesiedelt, aber trotzdem miteinander kombinierbar. Dies führt dazu, dass Physik nicht studiert werden kann, wenn es nicht mit einem MINT-Fach oder einem Fach der Fächergruppe 1 kombiniert wird. So verhindert die Kombinationsregel, dass Physik ein attraktives Studienfach bleibt, statt dessen Attraktivität zu erhöhen. Auch folgt aus der Regelung, dass Kombinationen von bestimmten Bedarfsfächer ausgeschlossen werden, wie die Verbindung von Latein und Biologie. Beide stammen aus der Fächergruppe 2 und sind nicht miteinander kombinierbar; die Intention, gefragte Fächer zu fördern, wird so konterkariert.

Diese Kombinationsvorschriften verhindern sinnvolle Kombinationen: Es gibt Fächer, die miteinander kombiniert sehr sinnvoll sind, weil sie sich thematisch wechselseitig bereichern und auch das Konzept des fächerübergreifenden Unterrichtes stützen. Kombinationen solcher Fächer werden durch die Neuordnung größtenteils ausgeschlossen. Das Fach aus Fächergruppe 1, das noch thematisch am ehesten mit evangelischer Religionslehre zusammenhängt ist Deutsch. Geschichte, Latein oder Griechisch, welche eine Ergänzung zur Religionslehre darstellten, wären keine möglichen Kombinationen. Ähnlich ist es bei Geographie; dieses Fach stellt eine Schnittstelle zwischen den Naturwissenschaften und den Sozialwissenschaften dar, ist aber weder mit Fächern der einen noch mit der anderen Gruppe kombinierbar. Wird dem Vorschlag des TMBWK gefolgt, ist es nicht mehr möglich Geographie so zu studieren, dass das zweite Fach eine inhaltliche Ergänzung darstellt.

Folgen für betroffene Institute sind nicht abzusehen: Setzt man die Kombinationsvorschriften des TMBWK so um, wie sie zur Zeit vorliegen, muss man davon ausgehen, dass die Institute der Fächergruppe 1 unter dem Andrang der Studierenden schlicht kollabieren, gerade weil auch an diesen Instituten im Rahmen der Struktur- und Entwicklungsplanung 2020 nicht unerheblich gekürzt wird.

Studierende, die eine Naturwissenschaft nicht mit einer anderen zusammen studieren möchten, können inhaltliche Nähe nur in der Mathematik suchen. Versuchen Studienanfänger*innen unter Rücksichtnahme auf die Kombinationsregeln ein sozial- oder gesellschaftswissenschaftliches Fach mit einem inhaltlich verwandten Fach zu verbinden, läuft dies ausschließlich auf Deutsch und Englisch hinaus. Welche Folgen dies für die betroffenen Institute haben kann, die jetzt schon Seminare zu vierzig Teilnehmer*innen anbieten, ist nicht realistisch absehbar in Anbetracht der Struktur- und Entwicklungsplanung der Universität. Außerdem muss für die Fächer der Fächergruppe 2 befürchtet werden, dass bestehendes breites Angebot nicht aufrechterhalten werden kann, wenn die Zahlen der dort immatrikulierten Lehramtsstudierenden sinkt. Machen wir uns nichts vor, es gibt Institute, für die Lehramtsstudierende ein Mittel sind, um zu überleben. Das soll keine Kritik an diesen Fächern sein, sondern ein sehr deutlicher Hinweis, dass die Vielfalt an der FSU Jena auch an den Studierendenzahlen im Lehramt hängt.

Festschreibung des Ist-Zustandes: Die pädagogisch und auch personalentwicklungsplanisch sinnvolle Idee, die schulartbezogene Lehrer*innenbildung durch eine schulstufenbezogene zu ersetzen wird in diesem Entwurf nicht einbezogen. Eine zentrale Forderung des SPD, nämlich die flächendeckende Einführung der Thüringer Gemeinschaftsschule, wird hier nicht konsequent zu Ende gedacht. Lehrende, die für eine Schulstufe ausgebildet werden, sind innerhalb dieser flexibel einsetzbar. Allerdings finden sich Kombinationen in diesem Entwurf wieder, die nur für eine Schulart studierbar sind. Von schulstufenbezogener Ausbildung ist nichts zu sehen.

2) Probleme mit Fächerkombinationsvorschriften im Allgemeinen: Dämpfung intrinsischer Motivation: Die Frage der Motivation und Begeisterung für das Unterrichtsfach spielen für den Studienerfolg und das spätere Bestehen im Beruf eine besonders große Rolle. Lehrer*innen, die später nicht für ihr Fach brennen, sondern es wählen, weil sie mussten, wären fatal für die Schüler*innen und auch für die eigene Lehrer*innen-Gesundheit. Der Fächerzwang würde sich langfristig auf die gesamte Biographie der Studierenden - und später auch der Schüler*innen - auswirken, begonnen beim Mangel intrinsischer Motivation während des Studiums, bis hin zu weniger begeistertem Unterrichten an der Schule. Wie es gelingen soll, Schüler*innen von einem Fach zu begeistern, für das die Lehrenden selbst keine Begeisterung empfinden, ist unklar. Intrinsische Motivation anregen, während man selbst in höchstem Maße extrinsisch motiviert wurde, ist eine kaum zu bewältigende Aufgabe.

Paternalismus gegenüber den mündigen Studierenden: Für die Lösung eines Personalentwicklungsproblems einen Weg vorzuschlagen, der im Wesentlichen auf Bevormundung basiert, wirkt auf uns befremdlich. Den betroffenen Personen wird zugestanden, die geistige Reife zu besitzen, ein Studium aufzunehmen, nicht aber ihre Studienfächer eigenverantwortlich zu wählen. Wir müssen uns wundern, mit welchem Bild von Studierenden das TMBWK arbeitet, um solche drastischen Einschränkungen weniger paternalistischen Strategien vorzuziehen. Wir würden es begrüßen, wenn für die Lösung des Problems mit einem Bild von selbstständigen und eigenverantwortlichen Studierenden gearbeitet wird, die aus freier Entscheidung nach einem Abwägungsprozess ein Studium der Fächer aufnehmen können, die sie auch wirklich studieren wollen.

Gefahr für Studienanfängerzahlen: Fragen wir als Studierendenvertretung, warum sich für Jena als Studienstandort entschieden wurde, gehört die Möglichkeit der freien Fächerkombination zu einem der am häufigsten genannten Gründe. Hier Einschränkungen vorzunehmen, kann zu einem deutlichen Verlust an Attraktivität der FSU Jena führen.

Fächerkombinationsvorschriften als Mittel der Personalentwicklungsplanung: Fächerkombinationsvorschriften sind, egal ob bereits bei der Verhinderung der Aufnahme des Studiums durch die Einschränkung der Fächerkombinationen bei der Immatrikulation oder erst später in der Staatsprüfungsordnung, durch Einschränkung der Fächerkombinationen, in denen eine Prüfungsabnahme möglich ist, kein nachhaltiges Mittel zur Personalentwicklungsplanung. Wie mittlerweile bekannt sein sollte, ist eine Studententafel nicht, was sich nicht innerhalb von kürzester Zeit durch einen anderen Wind im Ministerium verändern lassen würde. Studententafeln sind keine guten Indikatoren für den mittel- und langfristigen fachgebundenen Personalbedarf im Schulwesen. Gerade im Hinblick auf die Umsetzung der UNBRK sollte eine Personalplanung auf der Tagesordnung sein, die es schafft Inklusion umzusetzen und Schulen zu schaffen, in denen sich alle willkommen fühlen. Auch die Lehrer*innen, die in ihrem Studium die Möglichkeit bekommen haben, Fächer zu studieren, für die sie sich begeistern können und keine Fächerkombination, von der ausgegangen wird, dass sie dem Personalbedarf in ein paar Jahren entspricht.

Grundrechtseinschränkung: Wir sehen Konflikte mit Artikel 12 des Grundgesetzes, da diese Kombinationsvorschriften eine grundgesetzwidrige Einschränkung der freien Berufswahl darstellen. In einem Schulsystem, in dem der Lehrer*innen hauptsächlich als Fachlehrer*innen verstanden werden, ist die Wahl des Unterrichtsfaches elementarer Bestandteil des Entscheidungsprozesses für ein Studium. Auch sehen wir den Entwurf im Hinblick auf Art. 11 GG kritisch. Durch eine Einführung dieser Kombinationsvorschriften wird aktiv verhindert, dass Studierende nach Beendigung ihres Studiums in der gesamten Bundesrepublik das Referendariat antreten können. Damit wird ihre Freizügigkeit massiv eingeschränkt. Für uns ist es sehr fraglich, ob eine Bedingung von Art. 11 Abs. 2 erfüllt ist, um eine derartige Einschränkung der Grundrechte zu rechtfertigen.

3) Lösung - effektive Studienberatung, Hinweise bei Immatrikulation: Zur Lösung des Personalentwicklungsproblems stellen wir uns eine effektive und breitgestreute Beratung für Studieninteressierte vor. Diese muss nicht zwingend aus persönlichen Beratungsgesprächen bestehen, sondern kann über beigefügte Materialien auf der Seite für Studieninteressierte der FSU ersichtlich

sein. So wäre es zum Beispiel möglich zu empfehlen, wenigstens ein Fach aus einer bestimmten Gruppe zu wählen. Diese Empfehlung ließe sich dann Jahr für Jahr anpassen und bliebe dadurch flexibel. Studieninteressierte, können dieser begründeten Empfehlung dann folgen, ohne bevormundet zu werden. Diese begründete Empfehlung kann und soll durch Erwartungszahlen, die vom TMBWK erstellt werden, unterfüttert werden, sodass Studieninteressierte noch vor Beginn ihres Studiums über den Bedarf an Lehrkräften bestimmter Fächer informiert wurden und am Ende selbstständig eine eigene Entscheidung für ihr Studium an der FSU fällen können.

Abstimmung über die Stellungnahme: 18 / 0 / 0 – angenommen.

TOP 4 Diskussion und Beschluss: Einrichtung AK Sitzungskultur (Meike Boldt)

Antragstext: Hiermit beantrage ich die Einrichtung eines Arbeitskreises "Sitzungskultur", der sich mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen und Kommunikationskultur unserer Sitzungen beschäftigt, um eine Grundlage zu einer entsprechenden Debatte zu schaffen.

Antragstellerin: Meike Boldt

Meike Boldt wird als Koordinatorin des AK vorgeschlagen.

Abstimmung: Einrichtung AK Sitzungskultur und Ernennung von Meike Boldt als dessen Koordinatorin: 15 / 0 / 3 – angenommen.

TOP 5 Diskussion und Beschluss: M-093-2013 Speicheraufrüstung Server (Technikbetreuung)

Antragstext: Hiermit beantragen wir die Mittelfreigabe von 585,- EUR aus dem Hardwaretopf des Studierendenrat für vier neue 2 TB-Festplatten für unsere zwei Server.

Antragsteller: Technikbetreuung

Abstimmung: 16 / 0 / 2 – angenommen.

TOP 6 Diskussion und Beschluss: FA Chorlager Psycho-Chor (Maximilian Lörzer)

Der Psychochor hat eine Bezuschussung seines Chorlagers mit 1000€ aus dem entsprechenden Haushaltstitel beantragt.

Abstimmung: 16 / 0 / 2 – angenommen.

TOP 7 Diskussion und Beschluss: Anpassung Werbepreise für das Akrützel (Akrützel)

Das Akrützel hat beantragt, über die Anpassung der Werbepreis zu sprechen. Dirk Hertrampf erklärt den Antrag.

Änderungsantrag von Dorothea Forch: gemeinnützige Organisationen sollen bei den Preisen bevorzugt werden. Wird in den Abstimmungstext übernommen.

Abstimmungstext: Die Akrützel-Redaktion überprüft noch einmal die genauen Konditionen Auswirkungen der Anpassung der Werbepreise um 30% Preiserhöhung, berechnet die Größen der Werbepplätze neu, etc. und prüft, inwieweit gemeinnützige Organisationen bei den Preisen bevorzugt werden können.

Abstimmung: 20 / 0 / 0 - angenommen.

TOP 8 2. Lesung und Beschluss: Haushalt 2014 (HHV)

Es entsteht eine Diskussion über verschiedene Modelle, das Geld der Referate aufzuteilen. Außerdem wird lange über die Rücklagenproblematik der Fachschaften gesprochen.

Antragstext: Der StuRa beauftragt den Vorstand und den HHV in unmittelbarer zeitlicher Nähe Gespräche mit den FSRe aufzunehmen, um die Gesamtbeitragshöhe, die Bedarfsplanung der FSRe (in Anlehnung an Haushaltsplanung), die Rücklagenproblematik und Übertragungsregeln zu besprechen. Außerdem soll zur nächsten Sitzung einen Zeitplan dazu vorgelegt werden.

Antragsteller: Mike Niederstraßer

- Änderungsanträge -

Antrag: **Streichung von „in unmittelbarer zeitlicher Nähe“** (Maxi Scheibner)

Abstimmung: 6 / 9 / 3 – abgelehnt.

Antrag: **der Antragstext wird nach „in unmittelbarer zeitlicher Nähe“ erweitert um „aber nicht im Rahmen der Haushaltsdebatte“** (Moritz Hellmich)
Abstimmung: 7 / 8 / 3 – abgelehnt.

Antrag: **„in unmittelbarer zeitlicher Nähe“ wird ersetzt durch: „ab der nächsten Sitzung“**
Abstimmung: 6 / 8 / 3 – abgelehnt.

Antrag: **Vorstand und HHV um „in Koordination mit dem Innenreferat“ ergänzen.** (Julia Walther)
Vom Antragsteller übernommen.

Antrag: **der Antrag wird ergänzt um „mit der Problematik der FSR-Finzen zu beschäftigen.**
Abstimmung: 13 / 4 / 0 – angenommen.

Gesamtantragstext: Der StuRa beschließt, sich in unmittelbarer zeitlicher Nähe mit der Problematik der Fachschaftsfinzen zu beschäftigen. Der StuRa beauftragt den Vorstand und den HHV (in Koordination mit dem Innenreferat) Gespräche mit den FSRe aufzunehmen, um die Gesamtbeitragshöhe, die Bedarfsplanung der FSRe (in Anlehnung an Haushaltsplanung), die Rücklagenproblematik und Übertragungsregeln zu besprechen. Außerdem soll zur nächsten Sitzung einen Zeitplan dazu vorgelegt werden.

Abstimmung über den Gesamtantrag: 14 / 3 / 1 – angenommen

TOP 9 Diskussion und Beschluss: Positionierung Inselplatzcampus/ Erhalt Projekt Inselplatz 9a (Mike Niederstraßer)

GO-Antrag auf Ausweitung der Sitzungszeit bis zum Ende des TOPs von Johannes Krause
Keine Gegenrede!

Antragstext: Aktuell trifft sich eine interministerielle Arbeitsgruppe um das Projekt zu begleiten und die dreistellige Millionenzahl aufzubringen. Mitglieder der AG sind Bau-, Finanz- und Wissenschaftsministerium, ergänzt um die Stadt Jena und die Uni. Nicht dabei sind also das StuWe und die Studis. Wenn wir bestimmte Raumanforderungen auch an Sozialräume (Mensa, Wohnen, Freiräume, Arbeitsräume) oder Ideen zur Nutzung/Quadratur haben (Kommerzanteil, Grünanteil, Straßenbahnschleife,...) dann wäre es Zeit, sie zu erarbeiten und vorzubringen. Wir sollten auch darauf achten, rechtzeitig als StuRa oder als Studibeirat eingebunden zu werden. Die Diskrepanz zwischen 150-180 Mio Neubauten und Streichung und Kürzung von Studiengängen und verringertem Platzanspruch in Jena ist offensichtlich. Außerdem möchte ich, nachdem gestern wegen der (Nicht)Entscheidungen der Stadt die Stadtratssitzung im Tumult versank und abgebrochen werden musste, dem StuRa nahelegen eine unterstützende Position für die Insel zu formulieren und zu veröffentlichen. Dazu könnte der StuRa an existierenden Beschlüssen festhalten, sollte sie aber neu propagieren. Dabei könnte eine Idee eines Campus bestehend aus Hörsälen, Seminarräume, Büro UND Wohnen, Kultur und Leben, also mit der Integration alter Bausubstanz, so dass der Ort auch Geschichte hat und Leben zeigt, ein wesentlicher Aspekt sein. Zudem sollten wir uns medial deutlich äußern.

Antragsteller: Mike Niederstraßer

Abstimmungstext: Der Studierendenrat solidarisiert sich mit dem Projekt am Inselplatz 9a und gibt zeitnah eine entsprechende Solidarisierungserklärung an die Presse.

Abstimmung: 16 / 0 / 0 – angenommen.
Die Erklärung wird dem Verlaufsprotokoll angehängt.

TOP 10 Sonstiges

Julia Walther: Sie erinnert daran, dass die Flyer für die Demo vorn liegen und bittet alle Anwesenden um deren Verteilung.

Johannes Krause: Er bedankt sich bei allen, dass sie so lange durchgehalten haben.

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 00:23 Uhr.

Protokollantin

Sitzungsleitung